

Freie Planwirtschaft

Ökonomische Zukünfte jenseits des Kapitalismus

Wie könnten zukünftige politische Ökonomien aussehen, die auf zeitgemäßen Formen von Planwirtschaft basieren? Diese Frage stellt einen der roten Fäden dar, die ich mit meinen Gästen im Podcast „Future Histories“ verfolge, und ich möchte Sie hiermit einladen, an unseren Gedanken mitzuspinnen.

Von Jan Groos

Es ist ein perfider Kunstgriff wirtschaftsliberaler Ideologien, die Begriffspaarung „freier Markt“ als selbstverständlichen Grundbaustein politischer Rhetorik etabliert zu haben. An dieser behaupteten Verknüpfung von Freiheit und Markt wird sich vieles festmachen, wenn es nach der COVID-19-Pandemie darum geht, neue ordnungspolitische Rahmensetzungen zu verhandeln. Dass sich hier Gestaltungsspielraum auftut, liegt nicht zuletzt daran, dass sich „der Markt“ im Laufe anhaltender kapitalistischer Krisenpermanenz genau in den Bereichen diskreditiert hat, für die er innerhalb der wirtschaftsliberalen Erzählung vorgeblich die beste aller Lösungen darstellt. Nach einem exzessiven, weltweiten Experiment von nunmehr vierzig Jahren und angesichts von Klimakatastrophe, Pandemien, der Vermögensverteilung nach oben und vielem mehr ist es auch für die „technosozialen Eliten“ keine erfolgversprechende Strategie mehr, einfach weiter zu behaupten, der Markt werde es schon richten. Auch das Versprechen auf Teilhabe am Wohlstand – ein zentraler Baustein gesellschaftlicher Akzeptanz marktliberaler Politiken – wird für die Mehrheit der Menschen zunehmend nicht eingelöst. So verbleibt allein die Assoziation „Markt = Freiheit“ als wirkmächtiges ideologisches Narrativ, auf das sich kommende Rückzugsgefechte wirtschaftsliberaler Positionen konzentrieren werden. Umso wichtiger ist es, diesen Aspekt im Nachdenken über zeitgenössische Planwirtschaft als einer Variante alternativer politischer Ökonomie nicht zu ignorieren.

Eine Demokratisierung der Wirtschaft

Eine politische Ökonomie der Freien Planwirtschaft hat also nicht nur die konkrete Frage zu beantworten, wie die gesellschaftlich notwendige Reproduktion jenseits kapitalistischer Bewegungsgesetze organisiert werden soll. Sie sollte darüber hinaus erfolgreich und glaubwürdig das Feld der politischen

Imagination bedienen. Ein sozialer Freiheitsbegriff [1] steht hierbei im Zentrum. Im Gegensatz zum Hyperindividualismus unserer Zeit erkennt dieser Freiheit immer auch als sozialen Prozess. Hierbei gilt es jedoch erstens, die Bedürfnisse, Wünsche und Fiktionen ernst zu nehmen, die das wirtschaftsliberale Narrativ unter dem Freiheitsbegriff lange erfolgreich angesprochen, jedoch kaum eingelöst hat. [2] Zweitens ist die Kritik an früheren, real existierenden Planwirtschaften aufzugreifen und drittens gilt es, Angebote der postindividualistischen Subjektivierung zu entwickeln, die es schaffen, den Freiheitsbegriff produktiv zu machen, ohne Punkt eins zu vernachlässigen.

Wenngleich viel aus diesen Erfahrungen zu lernen ist, dienen weder zentralistisch organisierte Planwirtschaften, wie in der Sowjetunion und der DDR, noch Varianten des Marktsozialismus, wie zeitweise in Jugoslawien, in ihren polit-ökonomischen Grundstrukturen als sinnvolle Orientierung für zukünftige politische Ökonomien. Zentrale Planwirtschaften stehen zu Recht für ihre hierarchische Ausformung, fehlende tatsächliche Demokratisierung und ein dysfunktionales Verhältnis zur Frage individueller und kollektiver Freiheiten in der Kritik. [3] Es sprechen jedoch nicht nur normative oder strategische Gründe gegen strikt hierarchische, zentralistische Strukturen. Sie stellen auch aus praktischen Gründen eine schlechte Wahl dar. Denn die Demokratisierung der Wirtschaft adressiert in entscheidender Weise die Frage, wie das in den Gesellschaften verteilte, oft implizite und kontextabhängige Wissen für die gesellschaftliche Reproduktion produktiv gemacht werden kann. [4] Innerhalb kapitalistischer Bewegungsgesetze geschieht dies mehrheitlich über existenziellen Druck, der qua Privateigentum und Wettbewerb in die Gesellschaften eingeführt wird. Schafft man diesen Druck ab, ist die demokratische Teilhabe am Wirtschaftsgeschehen gleichsam eine Notwendigkeit. Nun ist es unerlässlich, Strukturen zu schaffen, in denen Kooperation nicht nur die Grundeinstellung, sondern in der Mehrheit der Fälle auch für jede/n Einzelne/n individuell sinnvoller ist als Konkurrenz. [5] Würde eine Planwirtschaft auf reinem Altruismus fußen, wäre sie anstrengend und kurzlebig.

Eine tatsächliche Demokratisierung der Wirtschaft schließt jedoch nicht nur hierarchisch organisierte, zentrale Planwirtschaften aus, sondern lässt sich genauso wenig im Rahmen eines Marktsozialismus realisieren. Wenngleich es grundsätzlich möglich ist, in großem Maßstab kapitalistische Betriebe etwa in Genossenschaften zu überführen und somit innerhalb dieser einzelnen Einheiten demokratische Strukturen einzuführen, so wird doch die Konkurrenz unter den Genossen-

schaften dazu führen, dass sich kapitalistische Bewegungsgesetze reproduzieren. Das Eigentum an den Produktionsmitteln wäre zwar in der Hand der Mitglieder der jeweiligen Genossenschaft, es wäre jedoch immer noch *Privateigentum*. Die Gruppe der Privateigentümer/innen wäre nur eine andere und größer. Sie wäre weiterhin den Imperativen des Wachstums und der Akkumulation unterworfen sowie an die Warenform samt Tauschwert gebunden. [6] Auch Formen des Marktsozialismus, in denen die Produktionsmittel in Staatshand liegen und Marktmechanismen in der Produktion und Verteilung von Konsumgütern zum Zuge kommen, entrichten weder dem Konkurrenzprinzip noch der Frage, wie eine Verteilung der Produktionsmittel jenseits von Top-down-Direktiven organisiert werden soll.

Fallstricke der Planwirtschaft

Um berechtigterweise als solche bezeichnet werden zu können, muss eine Freie Planwirtschaft diese Fallstricke vermeiden. Sie darf sich weder auf Marktmechanismen noch auf strikte Hierarchie als grundlegende ordnungspolitische Steuerungsmechanismen stützen. Die aktuelle Debatte rund um Formen des *Digital Socialism* bietet unterschiedlich überzeugende Antworten darauf, wie die konkrete Aufgabe der gesellschaftlichen Reproduktion jenseits des Marktes organisiert werden kann. Während einige Autor/innen weiterhin auf einen zu berechnenden allgemeinen Plan hinarbeiten [7], scheint ein anderer Zugang angebracht. So gilt es, die Dichotomie von zentral versus dezentral auf struktureller Ebene zu überwinden und der Tatsache Rechnung zu tragen, dass Wirtschaftstreiben keine statische Angelegenheit ist, die in Input-Output-Matrizen mathematisch gelöst werden kann. Hierfür bedarf es einer Form der distribuierten Planwirtschaft, in der die Entscheidungshoheit über die spezifische Anwendung der Produktionsmittel bei den mit diesen Produktionsmitteln arbeitenden Arbeiter/innenräten liegt. Die Frage wiederum, welche Produktionsmittel wofür zur Verfügung stehen, gilt es gesellschaftlich zu organisieren. Nachdem hierfür eine nicht markt-basierte Koordination zwischen den produzierenden Einheiten nötig ist, braucht es eine oder mehrere Vermittlungsinstanzen, die eben diese Koordinationsleistung erbringen. Einen Ansatz hierfür liefert der von Daniel E. Saros vorgeschlagene *General Catalog*. Diese Plattform der Plattformen [8] stellt eine bidirektionale Schnittstelle zwischen Produzent/innen und Konsument/innen dar und bietet so einen Mechanismus für die Verteilung der Produktionsmittel. [9] Solche ersten Ansätze gilt es kritisch zu diskutieren, um nicht in einen datengläubigen „Solutionismus von Links“ [10] zu verfallen. Eine Grenze ist dabei bereits gewiss, nämlich dass politische Probleme nicht technologisch gelöst werden können.

Wir erleben aktuell weitreichende Transformationen politischer Herrschaftstechnologien. [11] Spezifische Formen der politischen Ordnungsbildung, die jahrzehntelang weitgehend unangefochten das Terrain des politisch Möglichen künstlich

verengten, verlieren als Plausibilisierungsschemata politischen Handelns weitflächig ihre Überzeugungskraft. Dies eröffnet die Chance, alternative politische Ökonomien als einen Raum des tatsächlich Möglichen auszuweisen, der grundlegend anderen Regierungsrationalitäten folgt. [12] Alles darunter ist entweder Übergangslösung oder Augenwischerei. Letztere muss als solche identifiziert und gemieden werden, wie das sogenannte „grüne Wachstum“ [13] und jede Form linker Politik, die sich nicht traut, die Eigentumsfrage zu stellen. Die Übergangslösungen wiederum müssen zwar auch als solche ausgewiesen werden, jedoch gilt es, sie nach Kräften zu unterstützen. Eine Freie Planwirtschaft wird und soll nicht vom Himmel fallen. Sie will eingeübt sein und wird in letzter Instanz von einer alternativen Praxis getragen werden, die der eigentlichen alternativen politischen Ökonomie bereits vorausgegangen ist. [14] Möglich, so viel habe ich von meinen Gästen gelernt, möglich ist sie.

Anmerkungen

- [1] Podcast „Future Histories“, Episode 12: D. Loick zu Anarchismus
- [2] Podcast „Future Histories“, Episode 20: I. Schwerdtner zu demokratischem Sozialismus
- [3] Podcast „Future Histories“, Episode 38: U. Herrmann zu kapitalistischer Planwirtschaft
- [4] Podcast „Future Histories“, Episode 18: S. Schaupp zu Kybernetik und radikaler Demokratie
- [5] Podcast „Future Histories“, Episode 47: S. Meretz zu Commonismus
- [6] Podcast „Future Histories“, Episode 48, 49: S. Nuss zu Eigentum
- [7] Podcast „Future Histories“, Episode 18: J. P. Dapprich zu sozialistischer Planwirtschaft
- [8] Podcast „Future Histories“, Episode 44, 45: B. Bratton on Synthetic Catalaxies, Platforms of Platforms & Red Futurism
- [9] Podcast „Future Histories“, Episode 31, 32: D. E. Saros zu Digital Socialism
- [10] Podcast „Future Histories“, Episode 51: T. Daum zur unsichtbaren Hand des Plans (siehe C. Rendueles; zu Solutionismus siehe E. Morozov)
- [11] Podcast „Future Histories“, Episode 53: K. Kunkel zu Herrschaftstechnologien in der Krise
- [12] Podcast „Future Histories“, Episode 11: F. Vogelmann zu alternativen Regierungskünsten
- [13] Podcast „Future Histories“, Episode 26: J. Pope zu Degrowth und Akzelerationismus
- [14] Podcast „Future Histories“, Episode 37: E. v. Redecker zu Praxis und Revolution

AUTOR + KONTAKT

Jan Groos wohnt in Wien und betreibt den Podcast *Future Histories*. An der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel forscht und lehrt er im Arbeitsbereich Soziologische Theorien.

E-Mail: jan@futurehistories.today

